

Positionierung der CDU Brandenburg

Auftrag, Struktur und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland

1 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein elementarer Bestandteil unserer Demokratie:
2 Er informiert umfassend und vielfältig mit frei verfügbaren und von Interessen
3 unabhängigen Programmen. Sein Wert tritt gerade vor dem Hintergrund von 30 Jahren
4 Deutsche Einheit in Demokratie und Freiheit im Vergleich zur kommunistischen
5 Diktatur in der DDR besonders deutlich hervor.

6
7 Korrekte Informationen und Berichterstattungen sind und bleiben die Grundlage für
8 eine unvoreingenommene und individuelle Meinungsbildung der Bevölkerung, zum
9 Beispiel bei politischen Themen. Um diesen Auftrag zu erfüllen, sind die öffentlich-
10 rechtlichen Sender nicht nur auf Programmgrundsätze wie Objektivität,
11 Unparteilichkeit, Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit verpflichtet, sondern müssen
12 auch wirtschaftlich unabhängig sein. Das Modell der Gebührenfinanzierung ist daher
13 ein entscheidender Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

14
15 Sowohl in der Öffentlichkeit, als auch im parlamentarischen Raum finden aktuell
16 Diskussionen zur Akzeptanz und Bedeutung, aber vor allem zur Finanzierung statt.
17 Auslöser ist die Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der
18 Rundfunkanstalten (KEF), welche die Anpassung des Rundfunkbeitrages auf 18,36
19 Euro – also eine Erhöhung um 86 Cent – vorsieht. Mit dem entsprechenden
20 Staatsvertrag soll dieser Vorschlag bis zum Ende dieses Jahres umgesetzt werden.
21 Dies erfordert allerdings die ausnahmslose Zustimmung aller Länder.

22
23 In Anbetracht dieser Diskussion verständigt sich der Landesvorstand der CDU
24 Brandenburg auf folgende Prämissen und bittet die CDU-Fraktion diese im Rahmen
25 der anstehenden Beratungen im Landtag Brandenburg zu berücksichtigen:

- 26
- 27 • Die CDU Brandenburg sieht auch in Zukunft die Notwendigkeit eines starken
28 öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Garant für eine neutrale und unabhängige
29 Berichterstattung sowie für die Erfüllung des Grundauftrags in den Bereichen
30 Information, Kultur und Bildung.
 - 31
 - 32 • Der aktuell den Landesparlamenten vorliegende Staatsvertrag zur Erhöhung
33 des Rundfunkbeitrags findet unsere Zustimmung unter der Voraussetzung,
34 dass eine umfassende Analyse des Auftrags für den öffentlich-rechtlichen
35 Rundfunk stattfindet und daraus entsprechende Neujustierungen entwickelt
36 werden. Dafür ist eine breite Beteiligung von Politik und Gesellschaft
37 erforderlich.
 - 38
 - 39 • Die Auftragsbeschreibung muss insbesondere die heutigen Medienbedürfnisse
40 und das digitale Nutzungsverhalten berücksichtigen. Hierfür ist die zügige
41 Umsetzung der Ziele des neuen Medienstaatvertrages geboten. Zudem soll die

42 Profilierung der Dritten Programme im Sinne ihrer regionalen Funktion gestärkt
43 werden.

44

45 • Die Finanzierung soll sich an den festgelegten Zielen beziehungsweise der
46 Auftragsdefinition ausrichten. Strukturen und Prozesse sind im Hinblick auf
47 Einsparpotentiale ebenso zu überprüfen, wie die Vergütung und Versorgung der
48 Führungskräfte in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Zudem ist
49 künftig eine angemessene Verteilung der Einrichtungen des öffentlich-
50 rechtlichen Rundfunks auch in den ostdeutschen Bundesländern
51 sicherzustellen.

52

53 • Zur besseren Anpassung an technische oder gesellschaftliche Entwicklungen
54 soll neben der finanziellen Bewertung durch die KEF auch ein begleitendes
55 Monitoring zur Auftragserfüllung durch eine unabhängige externe Stelle
56 etabliert werden.